

Auf welcher Basis soll Vertrauen entstehen?

Zu: „Vertrauen in die Denkungsart des Feindes“, FR-Feuilleton vom 15. April

Unaufhebbare Widersprüche

Ich begrüße alle Überlegungen, die zu einem gerechten Frieden in der Ukraine führen könnten. Der Beitrag von Markus Tiedemann tut dies nicht. Nach Tiedemann hat die Ukraine das Recht, auf der vollständigen Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität zu bestehen. Gleichwohl sieht er eine denkbare Verständigungsbasis darin, dass „Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit erhalten sollten, über ihre staatliche Zugehörigkeit frei zu entscheiden“. Konkret gemeint sind ja wohl nur die ethnischen Russen. Weil aber auf der Krim und im Donbass die „Bevölkerungsgruppen“ vermischt sind (oder waren), fordert er gleichzeitig einen ausgeprägten Minderheitenschutz. Damit sind vermutlich die dort lebenden Ukrainer und Krimta-

taren gemeint, die ihrerseits aber nicht die Möglichkeit erhalten sollen, über ihre staatliche Zugehörigkeit frei zu entscheiden. Ein unaufhebbarer Widerspruch. Dennoch sieht Tiedemann in seinem Vorschlag „zumindest eine theoretische Plausibilität“. Auf die Gefahr hin, dass der Vergleich überstrapaziert wird: Hätte er 1938/39 im okkupierten Sudetenland in einer Volksabstimmung mit ausgeprägtem Minderheitenschutz für die dort noch wohnenden Tschechen ebenfalls eine „theoretische Plausibilität“ gesehen?

Michael Hamke, Bad Soden

Fakten schaffen mit Blut und Stahl

Tiedemann stellt Überlegungen zu der hypothetischen Frage an, ob Kant Waffenlieferungen an die Ukraine zustimmen würde. Er bringt u.a. Wahlen, zu wel-

chem Staat die Bewohner der Krim und des Donbass gehören wollen, ins Spiel, betont dieser „Vorschlag zumindest eine theoretische Plausibilität besitzt“. Gegenrede: Russland überfällt das Baltikum, die Nato gäbe es nicht oder griffe nicht ein, es werden Fakten geschaffen, Friedensverhandlungen, dann werden Wahlen abgehalten. Aufgrund der Wahlen werden Teile der drei baltischen Staaten Russland zugesprochen. Vertrauen in die Denkungsart des Feindes?

Man könnte sich viele weitere schöne Beispiele ausdenken. Ein solcher Frieden ist sicherlich kein Gebot der reinen praktischen Vernunft, sondern absurdes, hochgradig naives philosophisches Theater und sicherlich keine Grundlage für realpolitisches Handeln. Eher eine Aufforderung mit Blut, Stahl und Ansiedlungspolitik Fakten zu schaffen. Torsten Sommer, Köln

Wie die Ehe irrelevant wird

Zu: „Paare, die egalitär aufgestellt sein wollen, verlieren“, FR-Magazin vom 12. April

Die Idee einer ehelosen Gesellschaft ist nicht neu. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts wurde mit dem Umbau der Gesellschaft experimentiert. Zu nennen wären der Schriftsteller Erich Mühsam (1878-1934) und der Psychoanalytiker Otto Gross (1877-1920). Es ging um die Umwandlung der Vaterrechts- in eine Mutterrechtsgesellschaft. Otto Gross verfolgte die Schaffung einer Gesellschaft zugunsten des Mutterrechts. Nach seiner Theorie bestand vor dem Sündenfall eine matriarchalische Gesellschaftsform, gekennzeichnet durch Freiheit, Harmonie und Solidarität. Mit dem Verlassen des Paradieses habe sich die Abhängigkeit der Frau vom Mann zur patriarchalen Vaterrechtsentwicklung. Danach lassen sich Frauen aufgrund ihrer Sexualität und der Gebärfunktion in der Ehe vergewaltigen und geben ih-

re Individualität auf, um vom Mann versorgt zu werden. Auch die Männer werden in eine unerwünschte Position gedrängt. Um die Menschen von ihren tradierten Rollen zu befreien, entwarf Gross die neue Gesellschaft des Mutterrechts.

Erich Mühsam fand in seiner programmatischen Schrift „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“ klare Worte gegen das Vaterrecht: „Erst die Übertragung vorbehaltloser Befehlsgewalt auf den Mann ergab die Möglichkeit, die Vaterschaftsfamilie dadurch zu befestigen, dass die Frau und die Kinder in sklavenhafter Abhängigkeit gehalten werden“, schrieb er 1933. Dem Psychoanalytiker Gross ging es um die „wirtschaftliche Instandsetzung der Frau zur Übernahme der Mutterschaftsleistung“. Demnach gebiert die Frau die in freier Sexualität empfangenen Kin-

der für die Gesellschaft, und diese ist für das Wohlergehen der Mütter und Kinder verantwortlich: „Das Mutterrecht hat für sexuelles Geschehen keine Schranken und Normen, keine Moral und keine Kontrolle.“ Es halte die Beziehung zwischen den Geschlechtern rein von der Pflicht und Moral und Verantwortlichkeit, von wirtschaftlichen, rechtlichen, moralischen Verbindlichkeiten, von Macht und Unterwerfung, rein von Vertrag und Autorität, rein von Ehe und Prostitution.

Das Ziel damals wie heute ist: We.rte werden neu definiert. Da werden individuelle Begabungen und Lebenskonzepte verwirklicht, und gemeinschaftlich würde die Fürsorge der schwächsten Glieder der Gesellschaft übernehmen. Die Ehe als Ur-Zelle der Gemeinschaft wird irrelevant. Petra Brixel, Stuttgart

Der Umgang mit Daten hat viele Tücken

Volkszählung: „Als der Staat seine Schäflein zählen wollte“, FR-Feuilleton vom 13. April

„Die Daten, die wir heute im Internet mit einem Klick freigeben, geben wir freiwillig und zur Erreichung eines konkreten planerischen Vorhabens des Staates.“ Das stimmt nicht. Im Internet werden ständig personenbezogene Daten gesammelt. Meist aber verborgen und nicht freiwillig nach einem offenen Entscheidungsverfahren. Zwei Beispiele: Cookies dienen dem Ein-sammeln von personenbezogenen Nutzungsdaten. Tracker haben das Ziel, das gesamte Nutzungsverhalten aufzuzeichnen. Dieses Ausforschen geschieht meist nicht freiwillig und bleibt den meisten Menschen verborgen. Und die Macht, diese Daten auszunutzen, hat sich verschoben: vom Staat zu machtvollen

Institutionen der Internetindustrie (Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft.) Diesen Konzernen geben die meisten Nutzer:innen ihre Daten unwissentlich und sicher nicht freiwillig.

Die von dieser Praxis ausgehenden Gefahren sind einerseits individuell: Beeinflussung durch personalisierte PR-Aktionen, die sich nicht nur auf Konsum, sondern immer häufiger auch auf politische Meinungen richten. (Microtargeting). Andererseits ergeben diese Daten wirtschaftliche und gesellschaftliche Analysen, die von Institutionen, die sie bezahlen können, zur Einflussnahme genutzt werden.

Um informationelle Selbstbestimmung für Menschen zurückzugewinnen, bedarf es

rechtlicher Regelungen (DSGVO, Digital Service Act). Wer jetzt das allgemeine Geheul um die „Komplexität“ der DSGVO anstimmt, sollte daran denken, dass jeder Elektrobetrieb ein Vielfaches an VDE-Vorschriften beachten muss, um die Elektroinstallationen sicher zu machen.

Andererseits braucht es individuelle Medienkompetenz, die das technische Grundwissen um Browser, Server, Tracker, Microtargeting beinhaltet. Hier haben die Kultusminister kläglich versagt. Und leider auch viele Journalisten oder Berufspolitiker, die nur die allgemeinen Buzzwords aus den PR-Abteilungen der IT-Konzerne wiedergeben. Axel Stolzenwaldt, Königstein



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert die Podiumsrunde mit Landtagsabgeordneten zur Frage, warum Türkisch als Fremdsprache an Hessens Schulen ein Schattendasein führt.
Dienstag, 25. April, 19 Uhr
Kubi Gesellschaft f. Kultur u. Bildung Hanauer Landstraße 182 A Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das „Forum Entwicklung“ von FR, GIZ und hr-info zum Thema „Energiefabrik Afrika – Wie gelingt eine Partnerschaft auf Augenhöhe?“ mit Bärbel Höhn (Bundesentwicklungsministerium), Stefan Liebing (Conjuncta GmbH), Torsten Schreiber (Africa Greentec) und Mike Enskat (GIZ).
Mittwoch, 26. April, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft – Die Rückkehr der Arche“.
Freitag, 28. April, 13 Uhr
Samstag, 29. April, 13.30 Uhr
Sonntag, 30. April, 13 Uhr
Leipziger Buchmesse Halle 2, Stand G211
Freitag, 28. April, 19.30 Uhr
Kunstgenossenschaft Feinkost Karl-Liebknecht-Straße 36, Leipzig

Karin Dalka und Friederike Meier moderieren die Diskussion „Schafft Deutschland die Klimawende?“ Veranstaltung: FR und Karl-Gerold-Stiftung. Mit Claudia Kemfert (Energie-Ökonomin), Tarek Al-Wazir (stellv. hessischer Ministerpräsident, Grüne), Konrad Stockmeier (MdB FDP), Annika Rittmann („Fridays for Future“). Anmeldung nicht erforderlich. Livestream unter: FR.de/eventvideo
Freitag, 5. Mai, 19 Uhr
Historisches Museum Frankfurt, Saalhof 1, Frankfurt

Göttinnen gleich

Orden der Bundesrepublik: „Merkel muss Lob ertragen“, FR-Politik v. 18.4.

Wie schade, dass wir keine Monarchie mehr sind. Statt Merckels Namen mit blaublütigem Adelstitel zu veredeln, muss ein Stück Blech und profanes farbiges Band erhalten. Alternativlos. Oder doch nicht? Die Vergötterte sollte gottgleich geehrt werden. Wenn schon nicht mit Büste im Bayreuther Festspielhaus verewigt, wo wir alljährlich ihren guten modischen Geschmack im neuesten Textil bewundern dürfen, so doch vielleicht in der Ap-sis über dem Hauptportal der Semper-Oper. Denn dort harren bereits unsere geadelten Dichterehrfürsten Goethe und Schiller. Im Glanze dieser Literaten von Weltgeltung wäre Merkel dank ebenfalls epochaler Leistungen für Deutschland und Europa gleich einer Lichtgestalt für alle Ewigkeit am richtigen Platz.

Es ließe sich auch ein Himmelskörper nach ihr benennen. Immerhin kreist Goethes Name, den ein zwischen Mars und Jupiter seine Bahnen ziehender Asteroid trägt, seit Jahrmillionen ohne Bedrohung für uns Erdenbewohner um die Sonne. Bei der Unberührbaren wäre ich mir allerdings nicht ganz so sicher.

Achim Wedler, Bad Harzburg

Eine Gefälligkeit des früheren Ministers

Die Verleihung des Großkreuzes an die Ex-Kanzlerin war nicht gerechtfertigt. Sie wirkt wie eine Gefälligkeit des früheren Außenministers für seine damalige Kanzlerin. Ihr Einsatz für Geflüchtete war nicht von Dauer, die späteren restriktiven und inhumanen Regeln hat sie mitgetragen. Die Kritik des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Carsten Linnemann geht aber an der Sache vorbei. Er kreidet ihr den zweiten – überstürzten – Atomausstieg an, der Schadensersatzansprüche der Betreiber zur Folge hatte. Hätte die Kanzlerin mit ihrer schwarzgelben Mehrheit den rotgrünen Ausstieg nicht wenige Monate vorher gekippt, wäre es dazu nicht gekommen.

Linnemann meint, wir sollten uns „einigermaßen autark mit Energie versorgen“. Dass jedes Land ausschließlich seinen eigenen Strom verbraucht, ist eine Illusion. So wie wir Frankreich während des Stillstands zahlreicher AKW mit günstigem Windstrom versorgt haben, importieren wir zu anderen Zeiten (allerdings seltener) auch Strom aus Nachbarländern. Dafür gibt es ein europäisches Verbundnetz. Wie sich Linnemanns Autarkiestreben mit seiner strikten Gegnerschaft zur deutschen Windkraft verträgt, ist ein Rätsel.

Eduard Belotti, Augsburg

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230419